



AK VORRAT
hannover

23. Januar 2012
PRESSEMITTEILUNG

Sprechstunde für Volkszählungs-Verweigerer

Kritiker kündigt den Gang zum Gericht an

In Niedersachsen flattern mehr als 40.000 Verweigerern der Volkszählung die amtlichen Mahnbescheide mit Zwangsgeldandrohungen in Höhe von 300 Euro ins Haus. Die Kritiker der Massenerfassung laden alle davon Betroffenen und Ratlosen zu ihrer Sprechstunde am Dienstag Nachmittag ein. Einer von ihnen hat sich bereits dazu entschlossen, gerichtlich gegen die Zwangsgeldverhängung vorzugehen.

Vor etwa einer Woche hatte das niedersächsische Landesstatistikamt angekündigt, Zwangsgeldandrohungen per amtlicher Zustellung an diejenigen Wohnungs- und Gebäudebesitzer zu versenden, welche die seit Mai 2011 ausstehenden Volkszählungsfragen noch nicht beantwortet hätten [1]. Diese Drohung haben die Behörden nun wahr gemacht, wie zahlreiche Fragen und Nachrichten von Betroffenen belegen, die bei der volkszählungskritischen Bürgerinitiative "Arbeitskreis Zensus" [2] eingegangen sind.

Deswegen laden die Volkszählungsgegner zur Beratungs- und Informationssprechstunde ein, die am kommenden Dienstag, den 24. Januar 2012 im Raum R8 des Vereins für interkulturelle Kommunikation, Migrations- und Flüchtlingsarbeit Kargah in der Faust in Hannover-Linden stattfindet [3]. Diese Sprechstunde ist Teil der regelmäßigen Datenschutz-Sprechstunden der hannoverschen Gruppe des Arbeitskreises Vorratsdatenspeicherung [4] statt und soll im Bedarfsfall wöchentlich stattfinden.

"Wir können und wollen keine Patentlösungen anbieten, aber wir haben festgestellt, dass wir im direkten Gespräch die eine oder andere Frage doch klären können - und dafür ist die Sprechstunde da," erläutert Michael Ebeling als einer der in der Bürgerinitiative Engagierten. Auch Ebeling hat eine förmliche Zustellung mit der Androhung eines Zwangsgeldes erhalten und seine Entscheidung ist eindeutig: "Ich werde gerichtlich Widerspruch einlegen und auf diese Art und Weise meine Bedenken vortragen. Für die erste Instanz, das Verwaltungsgericht, benötige ich dafür noch nicht einmal einen Anwalt."



VOLKSZÄHLUNG 2011

Quelle: <http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Bild:Volkszählung-barcode-klein.PNG>
Lizenz: Creative Commons CC BY 2.0
Gestalter: muzungu

Volkszählungs-Verweigerung in Zahlen:

- Mehr als 8 Monate nach dem Stichtag fehlen der niedersächsischen Statistikbehörde noch immer rund 10 % der Angaben.
- Bundesweit hatten 400.000 per "Haushalterhebung" befragte Menschen bis November 2011 noch keine Antworten gegeben.
- Bis Ende Oktober 2011 wurden (ebenfalls bundesweit) 3,9 Millionen Fragebögen der etwa 18 Millionen Gebäude- und Wohnungsbefragten noch nicht zurückgesendet.

Die Volkszählungs-Sprechstunde findet statt:

- am 24. Januar 2012 von 16 - 17 Uhr
- im Raum R8 des Vereins für interkulturelle Kommunikation, Migrations- und Flüchtlingsarbeit Kargah in der Faust Hannover (Seiteneingang Leinaustraße, dann Treppe hoch)
- Anschrift: Zur Bettfedernfabrik, 30451 Hannover

Die nächste Sprechstunde findet bei ausreichendem Interesse am darauf folgenden Dienstag, den 31. Januar statt, auf jeden Fall aber wieder am 14.2.2012.



Quelle: http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Bild:Nicht_abstempeln_lassen_05-_klein.png

Lizenz: Creative Commons CC BY 2.0

Gestalter: muzungu

Verweise

[1] http://www.lskn.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=25668&article_id=102119&psmand=40

[2] <http://zensus11.de/>

[3] http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Hannover/VoVo11#1.1.2012_Volksz.C3.A4hlungs-Sprechstunden_jetzt_im_Kargah

[4] <http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Hannover>

Der **Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung** („AK Vorrat“) ist ein deutschlandweiter Zusammenschluss von freiheitsliebenden Menschen und Fachleuten aus Bürgerrechts- und Datenschutzorganisationen. Der Ursprung des Arbeitskreises ist die gemeinsame Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung, an der sich über 34.000 Bürger beteiligt haben. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 2. März 2010 der Klage stattgegeben und das Gesetz in der bestehenden Form als verfassungswidrig erklärt.

In regionalen „Ortsgruppen“ engagieren sich die einzelnen Mitglieder darüber hinaus in weiteren Aktivitäten rund um das Thema Datenschutz, Bürger- und Menschenrechte – meistens mit dann regionalem Bezug.

Mehr über den AK Vorrat gibt es unter: <http://www.vorratsdatenspeicherung.de>

Nähere Informationen über die Ortsgruppe Hannover im AK Vorrat finden Sie unter: <http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Hannover>

Pressekontakt

Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung Hannover
c/o Michael Ebeling
Kochstraße 6
30451 Hannover
01577 / 39 19 170
og-hannover@vorratsdatenspeicherung.de